

## **A n t r a g**

### **der Fraktion der AfD**

#### **Wiedereinstieg in die Kernenergie und in die Kernkraftforschung**

- I. Der Landtag stellt fest, dass
  1. die als die Energiewende bezeichnete Transformation der Energiepolitik zu einer nie dagewesenen Energiemangellage, zur Bedrohung der Versorgungssicherheit, zu horrenden Energiepreisen, großen Umwelt- und Naturschädigungen und zur massiven Gefährdung des Wirtschaftsstandorts Deutschland geführt hat;
  2. der endgültige Ausstieg aus der Kernenergiegewinnung die Versorgungslage und die Versorgungssicherheit für alle Verbraucher und den Wirtschaftsstandort Deutschland gefährdet;
  3. ein Energiemix aus unterschiedlichen Formen der Energieerzeugung (namentlich aus Kohle- und Gaskraftwerken, Kernkraftwerken und auch grundlast- wie spitzenlastfähigen regenerativen Energiequellen) eine unabhängige, sichere und umweltschonende Energieversorgung zu günstigen Verbraucherpreisen gewährleistet;
  4. eine zuverlässige, umweltfreundliche, bezahlbare und unabhängige Energieversorgung langfristig nicht ohne Kernenergie möglich ist;
  5. neue technologische Entwicklungen im Bereich der Kernenergiegewinnung Perspektiven für eine zukunftssichere Energieversorgung eröffnen und der Wiedereinstieg in die Kernforschung im Interesse der Bürger und des Wirtschaftsstandorts Thüringen liegt;
  6. der Wiedereinstieg in die Kernforschung absehbar zu neuen Technologien führt, die das Problem der Endlagersuche obsolet machen.
  
- II. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene
  1. für die Beendigung der sogenannten Energiewende und für die Rückkehr zur Energieversorgung auf Basis eines ausgewogenen "Energiemixes" im Sinne der Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit einzusetzen;
  2. für den Wiedereinstieg in die Kernenergiegewinnung und die Unterstützung und Förderung der Kernenergieforschung und -entwicklung einzusetzen;
  3. für eine Anpassung des Gesetzes über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (Atomgesetz) mit dem Ziel der Ermöglichung des Weiterbetriebs vorhandener sowie des Baus neuer Kernkraftwerke einzusetzen.

**Begründung:**

Deutschland verfügte bis vor wenigen Jahren über eine leistungsfähige Energiewirtschaft, die auf der Grundlage eines ausgewogenen Energiemixes aus Kohle-, Gas- und Kernkraftgewinnung sowie regenerativen Energiequellen zuverlässig, kostengünstig und in zunehmendem Umfang umweltfreundlich bedarfsgerecht Energie für Wirtschaft und Bürger zur Verfügung stellte. Durch die sogenannte Energiewende hat sich diese Lage grundlegend gewandelt. Heute wird Energie in Deutschland auf ebenso kostspielige wie ineffektive und zunehmend unzuverlässige Weise produziert. Zudem ist die Abhängigkeit von teuren ausländischen Energielieferungen vor allem bei der Stromversorgung erheblich vergrößert worden. Die hohen Energiepreise haben Preissteigerungen in allen Bereichen des Wirtschaftslebens und des Verbrauchs, nicht zuletzt bei Gütern des täglichen Bedarfs und Dienstleistungen zur Folge. Die Bilanz der sogenannten Energiewende ist demzufolge katastrophal: exorbitante Strompreise, Versorgungsengpässe und Mangellagen, steigende Black-out-Gefahr, Unternehmensinsolvenzen oder Produktionsverlagerung ins Ausland. Anstatt diesen energiepolitischen Irrweg weiter zu verfolgen, gilt es, wieder auf den bewährten Energiemix zu setzen, der eine deutsche Kernenergieproduktion umfasst. Hierzu muss der Wiedereinstieg in die Kernenergienutzung und in die Kernenergieforschung zügig in Angriff genommen werden. Mit einer entsprechenden Neuausrichtung folgt man auch einer internationalen Entwicklung mit Reaktortypen der Generation III und IV. Zahlreiche Staaten investieren weltweit in die Erforschung, Entwicklung und den Ausbau der Kernenergiegewinnung und haben erhebliche Fortschritte hinsichtlich der Sicherheit und der Effizienz von Kernkraftwerken gemacht. Dementsprechend hat die Europäische Kommission die Kernenergie als Zukunftstechnologie in die EU-Taxonomie für nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten aufgenommen, welche die Planungssicherheit für Investitionen in die Kernenergienutzung sicherstellt. Eine Kehrtwende ist erforderlich, damit das Hochtechnologieland Deutschland nicht den energietechnologischen und -wirtschaftlichen Anschluss verliert, der Wirtschaftsstandort Deutschland nicht weiter an Attraktivität einbüßt und die Bürger künftig zuverlässig und kostengünstig mit Energie versorgt werden können.

Für die Fraktion:

Braga